

- Wurde die Gleichbehandlung der Kandidaten, die unterschiedliche Themen gewählt haben, sichergestellt bzw. war es bei allen Themen gleich wahrscheinlich, zur mündlichen Prüfung zugelassen zu werden, und falls ja, mit welchen Verfahren wurde dies gewährleistet?

Antwort von Herrn Kinnock im Namen der Kommission

(19. April 2004)

Das von dem Herrn Abgeordneten angesprochene Auswahlverfahren ist noch nicht abgeschlossen, außerdem unterliegen die Arbeiten des Prüfungsausschusses dem Grundsatz der Vertraulichkeit. Daher ist die Kommission zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage, die erbetenen Auskünfte zu erteilen.

Die Kommission ist jedoch gern bereit, dem Herrn Abgeordneten weitere Informationen zu übermitteln, sobald das Auswahlverfahren abgeschlossen ist.

Der allgemeine Grundsatz der Gleichbehandlung der Bewerber wird durch die Anwendung von Kriterien erfüllt, die in der Bekanntgabe des Auswahlverfahrens⁽¹⁾ veröffentlicht wurden. Es gibt kein spezifisches Verfahren, um zu gewährleisten, dass Bewerber, die unterschiedliche Themen gewählt haben, gleiche Chancen für die Zulassung zur mündlichen Prüfung haben. Auf Beschluss des Prüfungsausschusses für Sachgebiet 2 (nachhaltige Entwicklung) wurden bei der schriftlichen Prüfung fünf Themen angeboten, aus denen die Bewerber eines auswählen konnten. Unabhängig vom gewählten Thema wurden die 195 Bewerber mit der höchsten Punktzahl entsprechend den Bestimmungen der Bekanntgabe des Auswahlverfahrens zur mündlichen Prüfung zugelassen.

⁽¹⁾ KOM/A/3/02 – ABl. C 177 vom 25.7.2002.

(2004/C 84 E/0784)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE P-0934/04

von Mogens Camre (UEN) an die Kommission

(22. März 2004)

Betrifft: Verteilung der EU-Bediensteten der Besoldungsgruppen A-B-C und D

Im Jahre 2003 wurden im Gemeinschaftshaushalt insgesamt Mittel für 31 000 Planstellen und 1 966 befristete Stellen in EU-Organen bewilligt.

Diese verteilen sich wie folgt auf die Organe:

	Planstellen	Befristete Stellen
Kommission	21 849	685
Parlament	4 170	790
Rat	2 866	53
Gerichtshof	862	278
Rechnungshof	509	279
Wirtschafts- und Sozialausschuss	501	24
Ausschuss der Regionen	230	22
Bürgerbeauftragter	13	18

Kann die Kommission darlegen, wie die Gesamtheit der Bediensteten jeder Besoldungsgruppe (A, B, C und D) auf die Nationalitäten in der EU verteilt ist?

Antwort von Herrn Kinnock im Namen der Kommission

(19. April 2004)

Am 31. Dezember 2003 belief sich die Zahl der Bediensteten der Kommission mit unbefristeten und befristeten Verträgen auf insgesamt 21 166. Die nachstehende Tabelle zeigt die Verteilung der Bediensteten nach Besoldungsgruppen, wie sie im Statut festgelegt sind, und nach Staatsangehörigkeit:

Land	A	LA	B	C	D	Insgesamt
Belgien	946	178	1 322	2 315	256	5 017
Dänemark	203	117	87	136	8	551
Deutschland	1 006	195	337	442	10	1 990
Griechenland	439	125	136	214	30	944
Spanien	817	171	389	365	46	1 788
Frankreich	1 225	110	469	627	55	2 486
Irland	226	20	117	197	7	567
Italien	1 005	167	567	827	208	2 774
Luxemburg	44	8	69	172	36	329
Niederlande	362	64	184	137	8	755
Österreich	219	15	97	89	10	430
Portugal	289	125	128	201	28	771
Finnland	215	112	144	120	7	598
Schweden	261	96	116	120	5	598
Vereinigtes Königreich	773	173	248	288	9	1 491
Sonstige	15	48	4	9	1	77
Insgesamt	8 045	1 724	4 414	6 259	724	21 166

(2004/C 84 E/0785)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE P-0949/04**von Raffaele Costa (PPE-DE) an die Kommission**

(22. März 2004)

Betrifft: Schwierigkeiten für italienische Unternehmen des Gießereisektors

In den letzten Monaten hatten immer mehr italienische Unternehmen des Gießereisektors starke Produktionsrückschläge zu verzeichnen. Für diese alarmierende Situation gibt es zahlreiche Gründe, wie die zunehmende Verteuerung der Rohstoffe (Hämatitroheisen, Kugelgrafitguss, Gussbruch und Stahlschrott, Koks) insbesondere nach den von der chinesischen Regierung eingeführten Ausfuhrbeschränkungen und dem gleichzeitigen massiven Absatz von Rohstoffen in China selbst und der asiatischen Welt überhaupt (man denke nur daran, dass ein Drittel des weltweit verfügbaren Stahls insgesamt in China abgesetzt wird). Zahlreiche in diesem Sektor Beschäftigte beklagen sich außerdem über die Schwierigkeiten, die sich aus der in den italienischen Rechtsvorschriften vorgenommenen Einstufung des Schrotts unter den Abfällen ergibt. Diese und andere Faktoren haben in den letzten zwölf Monaten zu exponentiellen Erhöhungen der Gießereirohstoffe geführt, wobei die Verteuerung zwischen 45 und 70 % bei Schrott und 60 und 100 % bei Hochofen-Ferrolegierungen (Molybdän, Nickel, Vanadium) liegt. Diese Situation dürfte nicht tragbar sein und könnte bereits kurzfristig zu einer schweren Krise in der Industrie und auf dem Arbeitsmarkt führen.

Kann die Kommission mitteilen, welche Sofortmaßnahmen sie zu ergreifen gedenkt, um den oben dargelegten Schwierigkeiten zu begegnen, und ob sie nicht beabsichtigt, auf die Regierung in Peking Druck dahingehend auszuüben, dass Handelsabkommen geschlossen werden, durch die die Gemeinschaftsunternehmen des Sektors weniger benachteiligt werden?